

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter\*innen der Medien

Zuerst ein besonderer Dank an die Kämmerei. Diese hat in den letzten Wochen wieder einmal viel leisten müssen und es geschafft, trotz aller Widrigkeiten, alles zur Zufriedenheit aller fertig zu bekommen. Auch wenn sich leider mal wieder nicht alle Parteien an die Absprachen gehalten haben und so das Verfahren in die Länge zogen. Business as usual.

Was den kommenden Haushalt angeht, folgende Anmerkungen:

Die Förderprogramme werden in vollem Umfang, sogar mit zum Teil erhöhtem Aufwand, abgewickelt. Dies hatten wir für fast nicht erreichbar gehalten. Dass einige Maßnahmen teurer werden als geplant, ist dem Umstand geschuldet, dass schnell Projekte benannt werden mussten. Dabei konnten wohl die Kostenschätzungen nicht in aller Gründlichkeit erstellt werden. Hier wird deutlich, es rächt sich, wenn man jahrelang Personal abbaut. Dann hat man, wenn es darauf ankommt keine Kompetenz mehr im Team.

Trotzdem sehen wir die Abwicklung positiv.

Der Haushaltssanierungsplan enthält immer noch die - zwar konditionierten - Erhöhungen von Grundsteuern.

Gerade aber eine Erhöhung der Grundsteuern belastet jeden Bürger, egal ob Eigentümer oder Mieter. Die Belastungsgrenze bei den Bürgern ist hier schon erheblich überschritten. Auch die „zweite Miete“, also die Nebenkosten, muss verringert werden und nicht ausgeweitet.

Im Hinblick auf die Gewerbesteuer begrüßen wir, dass ein Gewerbesteuerprüfdienst eingerichtet wurde, wie ihn DIE LINKE schon seit Jahren gefordert hat. Es hat sich auch bereits gezeigt, dass sich dieser auszahlt. Der Anstieg der Gewerbesteuer und die Fortschreibung im Haushalt 2018 wird hoffentlich auch halten. Ich erinnere hier an die plötzliche Zurückzahlung von einem deutlich zweistelligen Millionenbetrag in den vergangenen Jahren. So ein Geschehnis könnte den Haushaltsausgleich 2018 von einer auf die andere Sekunde zunichtemachen. Also, hoffen wir das Beste.

Ich betone noch einmal:

Um Steuergerechtigkeit zu erreichen, sollte die Gewerbesteuer in ähnlicher Höhe wie die Grundsteuer erhoben werden. Wie im Bund zeigt sich aber auch hier in der Kommune, dass der Bürger stärker belastet werden soll als die Wirtschaft. Wir fordern, die Gewerbesteuer erhöhen, aber die Grundsteuer B unangetastet lassen.

Ein Phantasieprodukt im Haushalt sind unseres Erachtens die zu erwartenden Gewinne aus den Beteiligungen.

Die Sparkasse zeigt sich stabil, die Frage ist, wie lange noch. Die Niedrigzinsphase hält an, es werden Filialen geschlossen, Kosten und Gebühren steigen, ob das alle Kunden mitmachen?

Die Stadtwerke planen realistischer mit einem Minus! Laut einer Umfrage ist der Zoo zwar nach Hannover der beliebteste Zoo in Deutschland, aber er produziert auf Teufel komm raus Verluste.

Wie die Entwicklung der Bäderlandschaft sich gestalten wird, ist heute noch nicht wirklich abzusehen. Auch hier erscheinen uns viele Fragen noch unbeantwortet. Letztendlich erwarten wir jedoch, dass eine für die Bürger gedeihliche Lösung gefunden wird. Bäder sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen sich nicht rechnen.

Kommen wir zu den Investitionen.

Was die Frage der öffentlichen Sicherheit angeht, so erwarten wir von der neuen Landesregierung mehr Stellen bei der Polizei in Gelsenkirchen zu schaffen und nicht wie von der CDU Gelsenkirchen beantragt, den kommunalen Ordnungsdienst stark zu erweitern.

Es ist gut, dass es neben den schon geplanten Stellen für die Verkehrsüberwachung, keine Dauerwachen in den Bezirken geben wird. Dies ist schlicht nicht finanzierbar und zudem keine Aufgabe der Stadt sondern des Landes. Da könnten Sie mal Druck machen, liebe Kollegen von der CDU.

Liebe Grüne: Der Weg, erst einmal eine Personalstelle zu schaffen, damit man verplantes Geld auch ausgeben kann, ist der richtige Weg. Also suchen wir erst einmal einen Radwegeexperten. Wenn wir den haben, dann können wir im Haushalt 2019 auch die Mittel verdoppeln. Die dürften dann mit Hilfe des Experten sinnvoll eingesetzt werden. Hier rächt sich wieder die jahrelange, falsche Personalplanung.

Einer Verlängerung der Straßenbahnlinie 302 bis zur Fachhochschule stimmen wir gerne zu, jedoch ist dieses Ziel nicht in fünf Jahren zu erreichen. Da braucht es doch etwas länger, obwohl die Strecke eher gestern als übermorgen gebraucht würde.

Ich betone nochmals:

DIE LINKE fordert die Entschuldung der Kommunen und eine vollständige Gegenfinanzierung der Folgekosten von Arbeitslosigkeit.

Die KdU müssen noch stärker und schneller vom Bund übernommen werden.

Arbeitslosigkeit in diesen Dimensionen ist ein strukturelles Problem und nicht die Folge persönlichen Versagens des einzelnen Arbeitslosen oder der Gemeinde.

Nicht zu hohe Ausgaben sind das Problem, sondern zu niedrige Einnahmen. Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem.

Die Kosten für die Zuwanderung aus EU-Ost müssen stärker von Bund und Land übernommen werden.

Die Kosten der Integration von Geflüchteten müssen noch stärker vom Bund übernommen werden.

Eine vollständige Erstattung der Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge

und Hilfen für Asylbewerber muss durch Bund und Land auch für die Zukunft sichergestellt werden.

**Diese Maßnahmen würden den Haushalt deutlich entlasten.**

Wir können uns keine weitere soziale Spaltung erlauben, die Kommunen brauchen Gestaltungsspielräume, da hilft nur eine auskömmliche Gemeindefinanzierung.

Alle diese Punkte gilt es bei den anstehenden Verhandlungen in Berlin zur Bildung einer Regierung zu erreichen. Also, liebe SPD und CDU, wenn Euch Gelsenkirchen nicht gleichgültig ist, übt Druck aus auf Eure führenden Kräfte in Berlin! Unsere Unterstützung habt ihr!

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch auf den Bürgerhaushalt zu sprechen kommen.

Der sogenannte Bürgerhaushalt ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Das, was vor etlichen Jahren durch die PDS gefordert und vor drei Jahren eingeführt wurde, ist zu einem Trauerspiel verkommen.

Zunächst war der Bürgerhaushalt nur ein „bürgerliches

Vorschlagswesen“. Schauen wir uns die aktuelle Situation an, so stellen wir fest, dass Lobbygruppen die Aufstellung der Wünsche dominieren, überforderte Moderatoren die Ranglisten zusammenstellen und darüber abstimmen lassen. Korrekturen sind weder möglich noch geplant.

Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei vielen der aufgelisteten Maßnahmen um Dinge handelt, die eigentlich in den normalen städtischen Haushalt gehören. Für uns ist das kein Bürgerhaushalt.

Bürgerhaushalt bedeutet für uns: die Bürgerinnen und Bürger verfügen und entscheiden über das Geld, welches zur Verfügung gestellt wird.

Ganz einfach durch demokratische Meinungsbildung und Abstimmung.

Um aber wenigstens die kleinen Fortschritte des Bürgerhaushaltes und der Bürgerforen anzuerkennen und die bisher erzielten Erfolge abzusichern, werden wir dem Ergebnis der Bürgerforen zustimmen.

Wir sehen allerdings weiteren Redebedarf wie der Bürgerhaushalt zukünftig gestaltet werden soll

DIE LINKE wird nicht einheitlich abstimmen. Nach ausgiebigen und kontroversen Diskussionen in der Fraktion, wird es Enthaltungen und auch Neinstimmen geben. Es sind gute Ansätze zur Verbesserung der

städtischen Lage erkennbar, aber diese sind nicht für alle von uns  
ausreichend.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Martin Gatzemeier

Es gilt das gesprochene Wort